

Wahlprüfsteine Niederdeutsch – Antworten der FDP

Der BfN regt an, dass Schutz und Förderung der Regionalsprache Niederdeutsch und der weiteren Chartasprachen einmal je Legislaturperiode Thema einer Bundestagsdebatte sind. Als Ergebnis könnten weitere Maßnahmen zur Stärkung der Sprachen beschlossen werden. Inwieweit unterstützt Ihre Partei dies?

Wir Freien Demokraten halten das für eine unterstützenswerte Initiative, die nicht nur hilft, den Charta-Sprachen in einer Debatte Raum zu geben, sondern auch die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ins Gedächtnis zu rufen, den europäischen Gedanken und die politische Partizipation der anerkannten Minderheiten und der Sprechergruppe des Niederdeutschen zu stärken.

Für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Niederdeutschen ist es unerlässlich, die Bedürfnisse und Wünsche junger Menschen zu berücksichtigen. Inwieweit unterstützt Ihre Partei die Forderung, jungen Erwachsenen die Teilhabe an der Politik zum Sprachenschutz zu ermöglichen?

Wir unterstützen alle Bemühen für den Erhalt und die Pflege der Dialekte. Wenn Dialekte gesprochen und gepflegt werden, tut das dem Niveau der deutschen Sprache keinen Abbruch. Im Gegenteil, die deutsche Sprache kann nur davon profitieren, wenn das Bewusstsein für die Vielfalt ihrer Ausdrucksmöglichkeiten gestärkt wird.

Jugendliche haben ein Recht darauf, an demokratischen Entscheidungen mit weitreichenden Folgen über ihre Zukunft beteiligt zu werden. Wir Freie Demokraten fordern eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament. Als Voraussetzung dafür ist die politische Bildung an allen Schulformen zu verstärken. Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Es ist das vornehmste Recht in einer Demokratie. Die Ausweitung des Wahlrechts war stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts. Junge Menschen nehmen bereits in vielen Lebensbereichen Verantwortung wahr, werden aber von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Dabei sind sie diejenigen, die am längsten von politischen Entscheidungen beeinflusst werden. Das Wahlrecht ab 16 ist gelebte Generationengerechtigkeit und ermöglicht jungen Menschen auch die Teilhabe an Entscheidungen zugunsten des Schutzes von Sprachen und Dialekten.

Die niederdeutsche Sprechergruppe ist im Vergleich mit anderen kleinen Sprachen in Europa nicht zufrieden mit der medialen Versorgung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Inwieweit unterstützt Ihre Partei den Aufbau eines niederdeutschen Rundfunk-senders sowie die Schaffung der Rahmenbedingungen?

Der Bund hat keine aktive Rolle beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Im Deutschen Bundestag werden keine Entscheidungen über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gefällt, denn Rundfunk ist Ländersache.

Dringend erforderlich ist eine Digitalisierungsstrategie, die in digitalen Plattformen eine gleichberechtigte Nutzung der Regionalsprache als Kommunikations-, Informations- und Datenverarbeitungssprache ermöglicht. Inwieweit unterstützt Ihre Partei den Ausbau der Digitalisierung für Niederdeutsch?

Die digitale Transformation ist eine der größten Chancen und Herausforderungen unserer Zeit. Wie wir sie gestalten, wird unser Leben für lange Zeit prägen. Deshalb wollen wir Deutschlands Digitalpolitik neu ausrichten. Denn bisher ist sie unkoordiniert, ziellos und chaotisch. Das kann sich unser Land nicht mehr leisten. Deutschland braucht endlich Tempo bei der Digitalisierung, um seine Chancen auf Fortschritt nicht zu verspielen. Hierbei ergeben sich für das Niederdeutsche sowie andere Charta-Sprachen besondere Chancen.

Mit Inkrafttreten des Onlinezugangsgesetzes (OZG) sollen bis Ende 2022 alle Antragsverfahren für Bürger*innen online möglich sein. Inwieweit unterstützt Ihre Partei die Berücksichtigung von Niederdeutsch als Sprachversion sowie die Durchführung eines Pilotprojektes für die Regionalsprache?

Wir Freie Demokraten unterstützen die Förderung von Regionalsprachen und setzen uns unter anderem für eine aktive Sprachförderung, Anwendung der öffentlichen Zweisprachigkeit in den entsprechenden Gebieten und für die Berücksichtigung bei Medienangeboten ein. Der Prüfung eines solchen Pilotprojekts stehen wir daher offen gegenüber.

Der Europarat empfiehlt die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Niederdeutschländern. 2017 beschloss der Bundestag, konzeptionelle Voraussetzungen im Sinne nachhaltiger länderübergreifender Strukturen zu schaffen. Inwieweit unterstützt Ihre Partei die Stärkung der länderübergreifenden Arbeit?

Länderübergreifende Strukturen halten wir zur Stärkung des Niederdeutschen für einen wichtigen Weg. Umso bedauerlicher ist es, dass das Institut für Niederdeutsche Sprache e.V. in Bremen ohne die bisherige finanzielle Unterstützung durch die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein auskommen muss. Die Wiederaufnahme der Finanzierung wäre ein wichtiger Schritt, um den wertvollen Bibliotheksschatz der niederdeutschen Sprache weiter pflegen zu können.